

Europa in Zentralamerika

Weltweiter Wettbewerb auf Kosten von Mensch und Natur



Russisches Roulette:
Sozial- und Umweltnormen im Abkommen mit der EU: hilfreich zur Durchsetzung von Rechten oder Feigenblatt für Wirtschaftsinteressen?...S.II



Solidarisch gegen das Unheil
»Das Assoziierungsabkommen der EU stellt die Souveränität El Salvadors in Frage« so Raúl Moreno im Interview...S.III



Aktiv werden!
Sich der Ausbeutung entgegenstellen. Geplante Aktivitäten gegen das Abkommen...S.IV

Liebe Leserinnen und Leser,

Friss und stirb trotzdem

Koloss EU stülpt zentralamerikanischen Zwergen Assoziierungsabkommen über

mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Ideologie des Neoliberalismus tief blamiert. Waren es in den vergangenen 20 Jahren die Menschen in den Ländern des Südens, deren Existenz durch die weltweit propagierte Deregulierung bedroht war, so fallen inzwischen auch gut ausgebildete Bankangestellte im Norden über die Logik der grenzenlosen Akkumulation. Allein, die aktuellen katastrophalen und selbst verschuldeten Entwicklungen führen nicht zum Umdenken. Im Gegenteil. Nach dem Motto »Minus mal Minus macht Plus« will Europa der Krise mit Freihandel begegnen.

In diesem Sinne plant der alte Kontinent EU noch in diesem Jahr den Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit den zentralamerikanischen Staaten Guatemala, El Salvador, Honduras, Costa Rica und

Um schleunigst zur weltweit führenden Wirtschaftsmacht aufzusteigen, treibt die Europäische Union (EU) derzeit mehrere Freihandelsabkommen mit den armen Regionen der Welt voran. In Konkurrenz zur USA und angetrieben vom wachsenden Einfluss der Volksrepublik China will die EU ihre geostrategischen Interessen nun auch in Zentralamerika sichern. Dies jedoch nicht mit plumpen Drohungen, sondern mit ausgefeilter Rhetorik. In den Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Mittelamerika ist die Rede von Menschenrechten, Entwicklung und Nachhaltigkeit. Dies verschleierte jedoch die verheerenden Auswirkungen, die das geplante Abkommen für die Menschen in Zentralamerika haben kann.

» Die aktuelle Finanzkrise und die weltweite Rezession stellt das ökonomische System in Frage: Die gegenwärtigen Entwicklungen haben die Staaten gezwungen, die Verluste des Finanzsystems und der Unternehmen zu verstaatlichen, wobei die Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger geplündert wurden. Dies ergibt einen tiefen Widerspruch: das Scheitern des freien Marktes bei gleichzeitiger Vertiefung des Assoziierungsabkommens. «

Raúl Moreno
von der Alianza Social Continental (ASC), El Salvador



Da springt der Puma vor Freude im Dreieck: Die EU plant ein Freihandelsabkommen mit Zentralamerika, um europäischen Konzernen bessere Marktzugänge zu verschaffen.

Foto: J. Rodríguez

Nicaragua. Für die Menschen dort bringt dies Abkommen noch mehr transnationale Konzerne, die im besten Fall prekäre Arbeitsplätze schaffen und im schlechtesten ihre Umwelt und Existenzgrundlagen weiter zerstören.

Im Namen unserer ProjektpartnerInnen in Mittelamerika und im Wissen um die teils verheerenden Auswirkungen, die Abkommen zwischen wirtschaftlich so ungleichen Partnern haben können, möchten wir mit dieser Beilage die Verhandlungen aus ihrem Versteck in Brüssel zerrén und möglichst viele kritische MitbürgerInnen dazu mobilisieren, die Machenschaften der EU aufmerksam zu verfolgen. Wichtiger als die medial ausgewählte Abwrackprämie für angejahrte Wohlstandskarossen sind diese Abkommen allemal. Sie schreiben die Weltwirtschaftsordnung für Generationen und zu deren Ungunsten fest.

Ihr CIR Team und das Informationsbüro Nicaragua

» Im Freihandelsabkommen legen wir fest, ob wir uns selbst umbringen oder eines natürlichen Todes sterben«, bringt Sinfiriano Cáceres, Vorsitzender des nicaraguanischen Kooperativenverbandes, Alternativen in Sachen Freihandel auf den Punkt.

Ohne die Kritik und Proteste ernst zu nehmen, verhandelt die Europäische Union derzeit in rasender Geschwindigkeit mit den zentralamerikanischen Staaten Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Guatemala und Costa Rica über ein Assoziierungsabkommen. Ziel der EU ist es, das Abkommen noch in diesem Jahr abzuschließen. Verhandelt wird auf Grundlage von drei Säulen: Politischer Dialog, Entwicklungszusammenarbeit und Freihandel. Dies findet unter weitgehendem Ausschluss der Zivilbevölkerung sowohl in Zentralamerika als auch Europa statt.

Motor der Verhandlungen ist das von der EU anvisierte Ziel, bis zum Jahr 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« aufzusteigen.

Das Konzept zur Erreichung dieses Ziels veröffentlichte die Handelskommission 2006. Auf Grundlage dieser *Global Europe Strategy* will die EU die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber anderen, konkurrierenden Wirtschaftsräumen verbessern und für die Verringerung und Beseitigung von Handelshemmnissen beim Austausch von Gütern und Dienstleistungen alle verfügbaren, politischen Instrumente einsetzen. Nachdem die EU in der Welthandelsorganisation (WTO) am Widerstand der so genannten Entwicklungs-

länder gescheitert ist, die so genannten Singapurthemen (freie Investitionen und Wettbewerb, sowie Handelserleichterungen) weltweit durchzusetzen, versucht sie ihre Wirtschaftsinteressen nun auf bi-regionalen Wegen zu verankern. Das aktuell geplante Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika ist ein Puzzlestück dieser Strategie.

Handel zwischen Arm und Reich

Gerade zwei Jahre zuvor haben die zentralamerikanischen Staaten das CAFTA-Freihandelsabkommen mit den USA trotz großen Widerstands der Bevölkerung durchgesetzt; die befürchteten negativen Auswirkungen mit Schäden für die lokale Wirtschaft und Verschlechterung der Versorgung sind mit Umsetzung dieses Freihandelsabkommens größtenteils eingetroffen. Trotzdem sitzen die Regierungschefs Zentralamerikas nun mit dem Koloss Europa am Verhandlungstisch, um über das nächste Abkommen zu verhandeln. Die mittelamerikanischen Regierungen hoffen auf bessere Zugänge für Bananen, Kaffee, Zucker und Garnelen auf europäische Märkte. Der alte Kontinent dagegen will »in Übereinstimmung mit der Vision eines »globalen Europas« die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen (Wasser, Biodiversität, Gas, Land und Energie) gewinnen und neue, verbesserte Marktzugänge für europäische Konzerne schaffen, so Raúl Moreno, Wirtschaftswissenschaftler aus El Salvador.

Dabei, so kritisiert Moreno weiter, seien die beiden Säulen politischer Dialog und Kooperation, über die die EU auch verhandelt, nur Rhetorik. Wichtig sei

dem alten Kontinent allein der Bereich Freihandel. Der Rest sei das Feigenblatt zur Abgrenzung gegenüber der USA und Verminderung von Protest. Mit dieser Befürchtung steht er nicht allein. Eine Chance für die Durchsetzung von Arbeits- und Menschenrechten über das Assoziierungsabkommen sehen nur wenige soziale Akteure in Mittelamerika und Europa.

Freihandel zerstört Lebensgrundlagen

Grund der an den Tag gelegten Eile mit dem Assoziierungsabkommen ist auch der Wettlauf um natürliche Ressourcen und Märkte. Die EU will sich die gleichen guten Konditionen verschaffen wie die USA. Mit diesen »ehrgeizigen« Zielen wird das Assoziierungsabkommen, so befürchten viele KritikerInnen, dazu beitragen, immer größeren Bevölkerungsteilen die Lebensgrundlagen zu entziehen: Privatisierungen im Wassersektor und im Gesundheitswesen führen zu explosionsartig steigenden

schon jetzt desolaten Versorgungslage würde sich rapide verschlechtern. Durch die Einführung von Patenten auf Saatgut würden BäuerInnen dazu gezwungen, ihr Saatgut teuer einzukaufen. Riesige Infrastrukturprojekte und Rohstoffausbeutung tragen zu einer weiteren Umwelterstörung bei und führen zur Vertreibung von Landbevölkerung. Liberalisierung im öffentlichen Beschaffungswesen führt dazu, dass einheimische Unternehmen der internationalen Konkurrenz nicht mehr gewachsen sind und schließen müssen. Die Folge wäre noch höhere Arbeitslosigkeit und Armut, so die Sorge vieler Menschen in Zentralamerika.

Internationale Schiedsgerichte zementieren Wirtschaftsstrukturen

Als besonders brennig gilt der drohende Investitionsschutz für Konzerne. Die EU will internationale Schiedsgerichte zur Streitbeilegung zwischen Unternehmen und Staaten einrichten. Europäische Konzerne könnten vor diesen Gerichten gegen ein mittelamerikanisches Land klagen, wenn sie ihre Investitionen oder die erwarteten Gewinne gefährdet sehen. Eine Wiederverstaatlichung von Dienstleistungen oder Ländereien bei Fehlverhalten von Konzernen ist dann nicht mehr möglich, da die Staaten horrenden Entschädigungssummen zahlen müssten.

Ein Schreckensszenario nicht nur für die Menschen in Mittelamerika: Freihandel und Investitionsfreiheit in Verbindung mit der Einsetzung internationaler Schiedsgerichte führt zu einer Festlegung der neoliberalen Wirtschaftsform über Generationen hinaus – auch in Europa.

Wussten Sie, dass

das tägliche Einkommen der Mehrheit der Mittelamerikaner unter 2 US\$ liegt, während die EU jede Kuh eines europäischen Bauerns täglich mit etwa 3 US\$ subventioniert?

Kosten, die für weite Bevölkerungsteile nicht mehr finanzierbar wären. Durch Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums werden billige Kopien, so genannte generische Medikamente verboten. Die

Aktionszeitung herausgegeben von



Im Rahmen der Kampagne: Nein zum Assoziierungsabkommen EU mit Zentralamerika



500 Jahre Europa in Zentralamerika

1524 Unterwerfung Mittelamerikas als Teil des Vizekönigreiches Neuspanien. Pedro de Alvarez plündert auf dem Weg von Mexiko nach Quito (heute: Ecuador) Mittelamerika und steckt die Quiché-Hauptstadt Utatlán in Brand. Die kulturell hochentwickelten Völker werden verschleppt und versklavt, ein gigantisches Genozid und eine Jahrhunderte lange Ausplünderung beginnt.

1821 Unabhängigkeit von Spanien und Proklamation der Republik der Vereinigten Provinzen Zentralamerikas. Präsident Francisco Morazan enteignet spanische Adlige, trennt Kirche und Staat und verweigert die Abgaben ans koloniale »Mutterland«. Seitdem zielt die Jakobinermütze der französischen Revolution die Flagge Nicaraguas.

1823 Monroe-Doktrin der US-Regierung (»Amerika den Amerikanern«). Sie bildet die Grundzüge der US-Außenpolitik, fordert die Nichteinmischung der Europäer in Lateinamerika (»American Backyard«) und legitimiert 180 Jahre US-amerikanischer Expansionen und Invasionen in Mittel- und Südamerika.

Neuer Angriff auf die Mindeststandards

Verheerende Auswirkungen des CAFTA-Abkommens zwischen Zentralamerika und den USA auf die ohnehin prekären Lebensverhältnisse in Mittelamerika

Massiven Protesten der Bevölkerung zum Trotz unterzeichneten im Jahr 2007 die fünf zentralamerikanischen Länder Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica sowie die Dominikanische Republik das zentralamerikanische Freihandelsabkommen (CAFTA) mit den USA. Das Abkommen gilt als Schnittmuster für das Assoziierungsabkommen der EU. Wer also die Auswirkungen des Assoziierungsabkommens benennen möchte, kommt am Vorreiterabkommen CAFTA nicht vorbei. Positive Stimmen zum CAFTA gibt es indes nur wenige – und die werden immer leiser.



Monokulturen soweit das Auge reicht sind eine Folge des CAFTAS. Die Länder können sich nicht mehr selbst versorgen und sind abhängig vom Weltmarkt.

Foto: CIR

In El Salvador, Honduras, Nicaragua und Guatemala ist CAFTA jetzt etwa zweieinhalb Jahre in Kraft. Eine Einschätzung der Folgen des Freihandelsabkommens für die Wirtschaft und die sozialen Strukturen der mittelamerikanischen Länder stützt sich also auf einen sehr kurzen Zeitraum. Überdies werden die unmittelbaren Folgen des Abkommens zeitlich auch überlagert von den Auswirkungen der Rezession in den USA, den im Jahr 2007/08 explodierenden Nahrungsmittel- und Energiepreisen und der allgemeinen Finanzkrise. Insofern können noch keine langfristigen und eindeutigen Aussagen über CAFTA getroffen werden. Dennoch zeichnen sich

Trends und Entwicklungen ab, die den Befürchtungen der CAFTA-KritikerInnen weitgehend Recht geben.

Landwirtschaft

Insbesondere für die Grundnahrungsmittel produzierenden Kleinbauern war befürchtet worden, dass sie unter dem Abkommen leiden würden, weil sie mit den stark subventionierten, industriell produzierten Nahrungsmitteln aus den USA nicht konkurrieren können. Und tatsächlich hat der Agrarimport aus dem Norden nach Zentralamerika innerhalb eines Jahres um 19 % zugenommen.

Das eigentliche Problem sind aber nicht

die befürchteten Dumpingpreise für Agrarprodukte, sondern die dem Freihandel innewohnende Exportorientierung. Im Zuge dessen wird die Nahrungsmittelproduktion selbst vollständig umstrukturiert: Land, das vorher den lokalen Markt versorgte, wird in industrielles Agrarland umgewandelt; die Marktmacht konzentriert sich zunehmend bei einigen Großproduzenten und transnational operierenden Konzernen, kleinbäuerliche Strukturen werden zerstört und die Nahrungssouveränität verschwindet unwiderruflich. Mexico, das seit 1994 unter Freihandelsbedingungen produziert, ist in Windeseile von einem Maisexporteur zum -importeur geworden.

Die Folge: die Preise für das Grundnahrungsmittel schossen im Jahr 2007 – auch aufgrund des Agro-Treibstoffbooms in den USA – in schwindelerregende Höhen.

Investitionsschutz

Kapitel 10 des CAFTA-Vertragwerks enthält Bestimmungen zum Schutz von Investitionen, die es Privatunternehmen erlauben sollen, Nationalstaaten auf Erstattung von – auch fiktiven, also zukünftigen – Gewinnen zu verklagen.

Aktuell versuchen mehrere Unternehmen auf Grundlage des CAFTA Vertrags die zentralamerikanischen Staaten auf Entschädigung zu verklagen, wie z.B. das Minenunternehmen Pacific Rim (siehe Kasten).

Geistiges Eigentum / Patente

Das Kapitel über geistige Eigentumsrechte bestimmt, dass die Regelungen zu Patenten und Copyrights, wie sie in den Vereinigten Staaten bestehen, auch für die Vertragsstaaten verbindlich sind. Das betrifft unter anderem Medikamente – mit fatalen Folgen für die öffentliche Gesundheit. So wurde mit CAFTA die Einfuhr verschiedener »nachgebauter« Medikamente (sog. Generika), die bereits im Handel waren und deren Preise im Regelfall deutlich unter dem der Markenprodukte lagen, verboten.

Die zunehmende Verfolgung von »Produktpiraterie« in den zentralamerikanischen Ländern beraubt darüber hinaus zigtausende in der informellen Wirtschaft (selbst)beschäftigte Menschen ihres Einkommens.

Investitionen, Arbeits- und Umweltstandards

Viele mittelamerikanische Länder versprachen sich von CAFTA einen Anstieg der ausländischen Investitionen. Für ein Land, nämlich Nicaragua, erfüllte sich diese Hoffnung offenbar: 2006 schnellte das Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr um 96,7 % in die Höhe. Der Großteil davon floss in die so genannten Weltmarktfabriken (*Maquilas*). Diese Weltmarktfabriken bieten meist schlecht bezahlte und gering qualifizierte, hochprekäre und oft ungesunde Arbeitsplätze. In El Salvador oder Honduras kann man beobachten, dass sie der weltweiten Konkurrenz die billigste Arbeitskraft nicht



»In unserem Land wird multinationalen Konzernen der Goldabbau gewährt, der den Gemeinden in San Marcos Wasser entzieht und es mit Zyanid-Chemikalien belastet. Diese Megaprojekte bringen uns nichts, weshalb wir uns gegen sie wenden.«

Rosalina Tuyuc
von der guatemalteckischen Maya-Frauenorganisation Conavigua

mehr standhalten. Die Fabriken werden dicht gemacht, die Produktion wandert in die asiatischen Länder. Auch in Nicaragua wurden schon 2008 wieder zahlreiche Maquilas geschlossen, etwa ein Drittel der Arbeitsplätze in den Fabriken gingen verloren.

Unter Verweis auf die verschärfte Konkurrenz versuchen zentralamerikanische Regierungen und Unternehmen, die Arbeits- und Umweltgesetzgebung aufzuweichen. In Costa Rica mit seinen relativ hohen Standards in Arbeits- und Sozialrechtsprechung findet ein Angriff auf den 8-Stunden-Tag, Überstundenzuschläge und bezahlten Mutterschaftsurlaub statt. Auch in Honduras wird die regionale Konkurrenz mittels Senkung von Mindestlöhnen in spezifischen Zonen angespart.

Russisches Roulette

Arbeits-, Sozial-, und Umweltnormen: hilfreich zur Durchsetzung von Rechten, oder Feigenblatt für die Wirtschaft?

In den vergangenen sechs Verhandlungsrunden bemühte sich die EU um eine Einbindung von Klauseln in das Vertragswerk des Assoziierungsabkommens, die zur Einhaltung einer Reihe von grundlegenden internationalen Abkommen im Bereich der Arbeits-, Sozial-, und Umweltnormen verpflichten. Ein Aspekt, den ArbeitsrechtsaktivistInnen seit Jahren einfordern, um gegen Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen internationaler Konzerne etwas in der Hand zu haben.

Um zu beurteilen, ob die derzeitige von der EU angestrebte Implementierung eine wirkliche Chance zur Durchsetzung internationaler Arbeits- und Menschenrechte bedeutet, müssen vorerst zwei Fragen geklärt werden. Erstens: Welche Bestimmungen werden konkret integriert? Und zweitens: Wie sollen sie durchgesetzt werden?

»Es gibt durchaus Fortschritte«, sagt Carlos Molina, Präsident des *Konsultivkomitees des Systems zur Zentralamerikanischen Integration (CC-SICA)*, der zentralen Instanz für zivilgesellschaftliche Konsultation zur regionalen Integration Mittelamerikas und die Verhandlungen mit der EU. »Es soll ein Paket von internationalen Grundsatzabkommen über die Arbeits-, Sozial-, und Umweltnormen integriert werden. Aber welche Abkommen darin genau enthalten sind, wissen wir bisher nicht.« Der tatsächliche Knackpunkt liegt auch eher in der Durchsetzung solcher Verpflichtungen. Genauer: Wer kann wo wen wegen Nichteinhaltung welcher Vereinba-

rungen zur Rechenschaft ziehen? Schon in den Pressemitteilungen zur dritten Verhandlungsrunde heißt es zwar, dass über »Konfliktschlichtung und -prävention« verhandelt worden sei, was genau besprochen wurde, ist aber unklar. Carlos Molina erklärt: »Wir haben noch keine Vorschläge über Konfliktschlichtung erhalten.«

Die bisher in ähnlichen Abkommen üblichen Regelungen haben immer wieder fatale Folgen. Schlichtungsinstanz ist dabei häufig das bei der Weltbank angesiedelte *International Centre for the Settlement of Investment Disputes (ICSID)* oder die UN

Commission on International Trade Law (UNCITRAL). Dabei handelt es sich jedoch nicht um regelrechte Gerichte. Vielmehr werden Jurymitglieder aus Listen internationaler Handelsjuristen ausgewählt, was die Urteile praktisch unberechenbar macht. Klage einreichen können in der Regel einerseits die Vertragsstaaten, wenn sie ihre Partner der Nichteinhaltung von Vereinbarungen im Handels- und Investitionsbereich oder der Verletzung von der Arbeits-, Sozial-, und Umweltnormen verdächtigen. Andererseits wird aber auch internationalen Investoren das Recht eingeräumt, an der

nationalen Rechtsprechung vorbei Länder zu verklagen, denen sie die unrechtmäßige Behinderung ihrer Aktivitäten vorwerfen. Möglichkeiten, Unternehmer wegen Verstößen vor den internationalen Tribunalen zu belangen oder zur direkten Prozesseinleitung durch Vertreter der Zivilgesellschaft, sucht man hingegen vergeblich.

Zusammen mit den hohen Strafzahlungen machen diese Faktoren gerade für wirtschaftlich schwächere Länder jedes Verfahren zum russischen Roulette. Zwar heißt es beispielsweise im Abkommen mit den USA (CAFTA), dass diese Mechanismen »nicht gegen die Normen verwendet werden sollen«, gleich im darauf folgenden Absatz wird aber hinzugefügt, »außer diese werden willkürlich angewandt oder behindern den internationalen Handel.« An Präzedenzfällen mangelt es ebenfalls nicht. So wurde beispielsweise Mexiko unter den Bestimmungen des *North American Free Trade Agreement (NAFTA)* wegen seines Widerstandes gegen die Errichtung einer Giftmüllanlage durch die Firma Metalclad zur Zahlung von 15,6 Millionen US-Dollar an das Unternehmen verurteilt. Und auch der aktuelle Fall Pacific Rim in El Salvador lässt Schlimmes befürchten.

Faktisch wird so also ein doppelter Negativanreiz gegen die Verschärfung der Normen erzeugt: Zum einen setzen sich Staaten damit von Investoren angestregten Klagen mit ungewissem Ausgang und besonders für Entwicklungsländer kaum tragbaren Strafzahlungen aus. Zum an-

deren können sie von anderen Staaten belangt werden, wenn es ihnen nicht gelingt, bestehende Gesetze durchzusetzen.

Daran, ob EU und zentralamerikanische Regierungen in dieser Hinsicht wirklich neue Wege beschreiten, wird sich letztlich der tatsächliche Wert jeder Arbeits-, Sozial- oder Umweltnorm erweisen.

Jonas Rieger



Zyanideinsatz in der San Martin Mine in Honduras

Foto: J. Rodriguez



Bekommt Pacific Rim die Genehmigung zum Bau der Mine würde die lokale Trinkwasserversorgung mit Zyanid und Arsen kontaminiert. Ein Horror für Familien in der betroffenen Region.

Foto: J. Rodriguez

1832 Interesse deutscher Kaffeehändler an Mittelamerika. Deutsche Siedler begründen den Kaffeeanbau in Guatemala, Nicaragua und Honduras. Sie drängen in die bis dahin von Indigenas bewohnten Berggebiete vor und bauen eine Weiterverarbeitungsindustrie auf.

1877 Verbot des Gemeindeeigentums der indigenen Bevölkerung. Die moderne Plantagenwirtschaft zerstört traditionelle Dorfstrukturen. Die Siedler werden zu Plantagenbesitzern, die Indigenas zu abhängigen Arbeitskräften, indigene Dorfgemeinschaften lösen sich auf. Mittelamerikanische Volkswirtschaften richten sich an europäischen Bedürfnissen aus.

1909 Sturz des nicaraguanischen Präsidenten Zelaya durch US-Militärintervention. Weitere Beispiele für etwa 100 US-Interventionen sind der Sturz von Jacobo Arbenz Guzman in Guatemala 1954 (im Interesse der United Fruit Company, heute: Chiquita), der Sturz Juan Bosch's in der Dominikanischen Republik 1963 und Maurice Bishops in Grenada 1983 sowie die Installierung der Militärregierungen in Guatemala und El Salvador.

Solidarisch gegen das drohende Unheil

Mit dem Arbeitsrechtler Omar Salazar von der Arbeitsrechtsorganisation ASEPROLA in Costa Rica und dem Wirtschaftswissenschaftler Raúl Moreno von der Alianza Social Continental (ASC) aus El Salvador hat sich die Christlichen Initiative Romero (CIR) über die drohenden Auswirkungen des EU-Assoziierungsabkommens unterhalten.

Lieber Omar, lieber Raul, bis vor kurzem ward ihr noch im Protest gegen das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen mit den USA (CAFTA) involviert: Welche Befürchtungen hattet ihr in Bezug auf das CAFTA?

Omar Salazar (O.S.): Unsere Befürchtungen bezogen sich auf die Arbeitsbedingungen. Wir sahen die erkämpften Arbeitsrechte von dem Abkommen bedroht. Das dramatische an den Befürchtungen ist, dass wir davon ausgegangen sind, diese Prozesse würden mindestens vier oder fünf Jahre benötigen, aber bereits heute können wir beobachten, dass all die negativen Prognosen schon nach weniger als zwei Jahren eingetreten sind.

Raúl Moreno (R.M.): Sehr früh haben wir darauf hingewiesen, dass CAFTA die Grundpfeiler der institutionellen und juristischen Ordnung umstürzen sowie dem Gemeinwohl schaden würde. Das beinhaltet die Abwertung von Rechtsgültigkeit und Einhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK) sowie die Verletzung von verfassungsmäßig garantierten Menschenrechten. Auch in Bezug auf die Durchsetzung von Arbeitsrechten ist das CAFTA nicht dienlich. Es werden lediglich fünf Artikel der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) anerkannt. Außerdem fehlen Mechanismen, die die Vertragspartner dazu zwingen diese Konventionen anzuerkennen.

Zurzeit verhandelt die EU mit den zentralamerikanischen Staaten über ein Assoziierungsabkommen (Acuerdo de Asociación, kurz AdA). Wie ist eure Position zu diesen Verhandlungen?

O.S.: Wenn es sich um ein Abkommen mit klaren Regeln im Sinne einer Allianz für Entwicklung handeln würde, gäbe es kein Problem. Was wir aber beobachten, ist, dass es bei diesen Verhandlungen um Freihandelsabkommen dreht, die dem CAFTA ähnlich sind und sogar noch höhere Anforderungen stellen. Die Folgen sind schlecht für alle Beteiligten, weil die Asymmetrien zwischen den Staaten, ihre sehr unterschiedlichen ökonomischen Kapazitäten nicht klar in Betracht gezogen werden.

R.M.: Die Inhalte von CAFTA und AdA sind nahezu übereinstimmend und völlig inkompatibel mit den Zielen einer eigenständigen Entwicklung. Sie bilden die effektive Grundlage für juristische Rahmenbedingungen, die zu einer Erosion der Souveränität der Staaten Zentralamerikas führen könnten.

Welche Rolle spielt Europa in Zentralamerika?

R.M.: Die Handelsbeziehungen zwischen Mittelamerika und der Europäischen Union sind unbedeutend. Dies stärkt die These, dass der eigentliche Grund für das AdA über die Handelsebene hinausgeht. In vergangenen Jahren sind mit der Privatisierung der Staatsbetriebe und dem Verkauf von Staatsanlagen verschiedene europäische Unternehmen in Mittelamerika aktiv geworden und haben

die Kontrolle über wichtige Bereiche der Öffentlichen Hand übernommen, wie zum Beispiel im Bereich der Telekommunikation (Telefónica, France Telecom), Elektrizität (Unión Fenosa, Endesa, Hiberdrola) und Energieversorgung (LaGeo), Verwaltung der Pensionsfonds (BBVA), Trinkwasserversorgung (Acea) und viele mehr. Für diese Unternehmen will die EU gute Investitionsbedingungen schaffen.

Welche generellen Auswirkungen haben Freihandelsabkommen auf die Arbeitsbedingungen?

O.S.: Es gibt eine stärkere Deregulierung der Arbeitsgesetze, eine größere Flexibilität in den Fabriken und Unternehmen und einen steigenden Druck, die Löhne einzufrieren oder drastisch zu kürzen. Im Bereich der Geschlechterverhältnisse ist klar ersichtlich, dass der wachsende Anteil der berufstätigen Frauen als Arbeitskräfte

ausgenutzt wird, denn aufgrund ihrer ökonomischen Situationen sind sie eher bereit, prekäre Stellen anzunehmen. Wir vertreten die These, dass die Löhne durch den Druck auf die Frauen, sich unter prekären Bedingungen in den Markt einzugliedern, insgesamt weiter nach unten geschoben werden - so wie ja auch bereits geschehen.

Die EU verhandelt auch zu den Themen »Entwicklungszusammenarbeit« und »politischer Dialog«. Stecken in diesen beiden Säulen Potentiale z.B. für die Durchsetzung von Arbeits- und Menschenrechten?

O.S.: Das ist schwer zu sagen, denn Arbeits- und Menschenrechte werden nicht in den politischen Dialogen verhandelt, sondern innerhalb der kommerziellen Themen. Das heißt, man könnte beim Thema Arbeitsrechte dann etwas bewegen, wenn die Themen Handel und Arbeitsbe-

Wussten Sie, dass

das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im reichsten EU-Land Luxemburg bei 104.673 US\$ liegt und im reichsten mittelamerikanischen Land Costa Rica bei 5.905 US\$?

dingungen getrennt verhandelt würden, aber das ist etwas, das unmöglich ist, denn der Freihandel verbietet eine solche Trennung aus seiner eigenen Logik heraus. Im CAFTA-Abkommen ist das Arbeitskapitel nicht dazu da, die Arbeitsrechte zu schützen, sondern um dafür zu sorgen, dass veränderte Arbeitsrechte keine Auswirkungen auf den Handel haben.

Gibt es in Zentralamerika eine Protestbewegung gegen das geplante AdA?

O.S.: Ja, die gibt es, aber einige setzen sich für den Dialog ein und andere kämpfen für ein klares »Nein!« zum AdA. Es ist allerdings offensichtlich, dass die sozialen Bewegungen nach dem Kampf gegen das CAFTA ziemlich geschwächt sind.

R.M.: Zweifellos fehlt in Zentralamerika und ganz besonders in El Salvador die Umsetzung einer massiven Aufklärungskampagne, die sich an die Bevölkerung im Allgemeinen richtet, um über die Inhalte und Wirkungen von AdA überhaupt informieren zu können, und die deren direkte und indirekte Auswirkungen sichtbar macht.

Wie könnte für euch eine gute und gemeinsame Kampagne gegen das AdA aussehen?

R.M.: Ein relevanter Aspekt der Kampagne gegen AdA ist der Druck, den die Bürger gegenüber den nationalen und europäischen Parlamentariern ausüben können, damit eine Ratifizierung des AdA vermieden wird. Außerdem ist das AdA auch eine Chance, die Solidarität zwischen den Völkern Zentralamerikas und Europas im Kampf gegen neoliberale Projekte zu stärken und eine Chance für die Konstruktion von Alternativen.

Das vollständige Interview finden Sie unter: <http://www.ci-romero.de/kampagnen>



Risse im Beton: Minenbau internationaler Konzerne zerstört die Häuser der Menschen in Guatemala

Foto: J. Rodriguez

Die Bananenfrage

Auch nach Abschluss der VI. Verhandlungsrunde zwischen der Europäischen Union (EU) und Zentralamerika bleibt das Problem Bananen ungelöst. Auf der einen Seite beharren die mittelamerikanischen Staaten auf einer Zollsenkung, denn die Banane ist schließlich eines der wenigen Güter, bei dem sie echte Wettbewerbsvorteile gegenüber EU-Konkurrenten genießen. An einem bevorzugten Zugang zum Markt der EU sind zudem auch jene US-Konzerne interessiert, die einen bedeutenden Teil der zentralamerikanischen Bananenproduktion kontrollieren. Auf der anderen Seite sträuben sich die Europäer weiterhin, den bestehenden Zollsatz von 176 Euro pro Tonne zu senken. Damit möchte sie die heimische Produktion (von den Kanaren bis nach Zypern) und auch die Einfuhren aus ihren ehemaligen Kolonien, die AKP-Staaten (Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten), schützen, die mit den in Massenproduktion erzeugten Bananen aus Lateinamerika preislich nicht mithalten können. Auch hier sind es vor allem europäische Kapitalinteressen, die abgesichert werden wollen.

Von dem hohen Zollsatz möchte sich die EU erst dann trennen, wenn sich die lateinamerikanischen Staaten im Gegenzug bereit erklären, den Abschluss der aktuellen WTO-Verhandlungsrunde zu unterstützen. Dies würde die Durchsetzung weltweiter Freihandelsregelungen mit schwerwiegenden Konsequenzen für Entwicklungsländer bedeuten. Solange der Widerstand der

armen Länder innerhalb der WTO Runde andauert, wird die Europäische Union eine allgemeine Regelung der Bananenfrage als Faustpfand nutzen und versuchen, die zentralamerikanischen Forderungen möglichst lange abzublocken.

Auf den ersten Blick ist den zentralamerikanischen Staaten zu wünschen, dass sie ihre Interessen in dieser Frage durchsetzen können. Betrachtet man den internationalen Bananenhandel jedoch etwas allgemeiner, so zeigt sich, dass eine umfassende Liberalisierung einige Probleme mit sich bringen würde. NGOs wie Banana Link und EUROBAN weisen neben den massiven Einkommenseinbußen für die ProduzentInnen in den AKP-Staaten vor allem auf den drohenden Angriff auf Sozial- und Umweltfragen hin, der in Folge des massiv zunehmenden Preisdrucks drohen. Eine mögliche Lösung wäre die Einführung von gestaffelten Zöllen, die nach ökologischen und sozialen Standards produzierten Bananen eindeutige Zollvorteile gewähren würden. Stehen aber weiterhin lediglich die ökonomischen Interessen im Vordergrund, droht den zentralamerikanischen Staaten mit Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU ein böses Erwachen - mit verbesserten Zollbestimmungen für Bananen oder ohne sie.

Manuel Melzer arbeitete als freier Mitarbeiter bei WEED. Dort veröffentlichte er ein Hintergrundpapier zum Abkommen: www.weed-online.org



» In El Salvador wird der Begriff des grünen, ökologischen Bergbaus propagiert, der die Bevölkerung darüber hinwegtäuschen soll, dass es sich hierbei um nichts anderes handelt als den pervertierten Versuch dutzende Gold- und Silberminen zu fördern, die hochgiftiges Arsen und Quecksilber zur Metallwäsche verwenden. «

Juan Rojas
El Salvador

Freihandel aktuell: Zum Stand der Verhandlungen

Die Verhandlungspartner sind sich einig, dass noch in der ersten Hälfte dieses Jahres 2009 eine Einigung erreicht werden soll. Bisher haben sechs Verhandlungsrunden stattgefunden. Die VII. Runde wird in der Woche ab 30. März in Tegucigalpa, Honduras, stattfinden. Verhandelt wird in 14 Untergruppen. Je eine Gruppe beschäftigt sich mit den Themen Politischer Dialog und Zusammenarbeit. Zum Thema Handel wurden 12 Untergruppen eingerichtet. Nach Angaben von VerhandlungsteilnehmerInnen besteht bei über 80

Prozent des Vertragstextes Konsens. Über sensible Themen, wie Bananen und Zucker herrscht derzeit aber noch keine Einigung.

Umstritten sind die von der EU geforderten gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen. Für deren Einführung fordern die zentralamerikanischen Unterhändler finanzielle Unterstützung. Uneins sind sich beide Seiten auch, wie weit eine von der EU als Voraussetzung geforderte zentralamerikanische Zollunion bis zum Inkrafttreten des Vertrages vorangeschritten sein muss.



»Wasser bedeutet Leben. Leben kann man nicht privatisieren«, so die Nicaraguane- rInnen im Rahmen der Kampagne »Agua fuera del AdA« (Wasser raus aus dem Assoziierungsabkommen)

Foto: J. Rodriguez

1947 Truman-Doktrin (Containment) mit dem Recht, überall eingreifen zu können, wo die Freiheit durch den Kommunismus bedroht ist. Als Eindämmungspolitik gegenüber der UdSSR begründet die USA Militäreinsätze überall dort, wo linke oppositionelle Bewegungen entstehen mit der Folge von Bürgerkriegen in ganz Mittelamerika.

1984 Beginn des San-Jose-Prozesses. In einer Phase bewaffneter Konflikte beteiligt die EU sich an Verhandlungen zur Konsolidierung von Frieden und Demokratie in Zentralamerika. Der Weg führte zum Friedensvertrag von Esquipulas, zur Beendigung des Bürgerkriegs in Nicaragua, zum Friedensschluss in El Salvador und zur Unterzeichnung des Friedensabkommens in Guatemala.

1996 San Jose XII. Die jährlich stattfindenden Konferenzen der Außenminister von EU und Zentralamerika bringen Zusammenarbeit bei der Integration von Ex-Kombattanten ins Zivilleben und Aufbau von Rechtsstaaten. Die EU wird größter Entwicklungshilfegeber der Region gegenüber drastisch sinkenden US-Hilfsleistungen.



»Als ich das Soll nicht erfüllen konnte warf mir der Vorarbeiter eine Stoppuhr ins Gesicht«, so eine Arbeiterin in der Maquila.

Foto: CIR

Die Feminisierung der Armut

Entwicklungspolitische Einsichten bleiben bei der EU-Handelspolitik auf der Strecke: überproportional zu Lasten von Frauen

Die europäische Kommission bilanzierte kürzlich: Frauen sind von Liberalisierung stärker negativ betroffen als ihre männlichen Zeitgenossen. Dies hält die EU nicht davon ab, ein Freihandelsabkommen mit Zentralamerika zu forcieren, das auf dem gleichen Gerüst basiert, wie seine Vorgänger und damit die »Feminisierung der Armut weiter vorantreibt.

Nach der VI. Verhandlungsrunde zum Assoziierungsabkommen der EU mit zentralamerikanischen Staaten Ende Januar dieses Jahres teilte die EU mit, dass es in den Gesprächen zum Themenfeld »Entwicklungszusammenarbeit« positive Resultate gebe. Als besonders erfolgreiches Thema wurde dabei die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit genannt. Hintergrund dieser Verlautbarung ist das von der EU angestrebte Ziel in bilateralen Abkommen eine »Politik der Kohärenz«, gleichsam eine Politik der Stimmigkeit, zu verfolgen. Das bedeutet, dass jedes Abkommen auf die Umsetzung eines ganzen Bündels von eigens von der EU-Kommission festgelegten Zielen überprüft wird. Eines dieser Ziele ist die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit.

Um Kohärenz zu erzielen, reicht es jedoch nicht aus, das Thema Geschlechtergerechtigkeit in den Gesprächen zur Kooperation unterzubringen, da es hierbei nur um Forderungen an die wirtschaftsschwachen, mittelamerikanischen Vertragsstaaten geht, die Situation der Frauen in ihren jeweiligen Ländern zu verbessern, nicht aber insgesamt um die Ausgestaltung eines geschlechtssensiblen Abkommens auf allen Ebenen – inklusive Handel.

Trade meets Gender

Inzwischen ist hinlänglich bekannt, dass Freihandelsabkommen eine Gefahr für akzeptable Arbeitsbedingungen darstellen können, da sie die internationale Konkurrenz fördern. Gerade im Bereich der arbeitsintensiven Industrie wird gerne auf die billigsten und wehrlosesten Arbeitskräfte zurückgegriffen, die es im Angebot gibt. Dies sind derzeit Frauen aus den so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern. Ungleichen Zugangsvoraussetzungen zu Bildung, eine traditionell ungleiche Lastenverteilung bei der Verantwortung für Kinder und Familie sowie mangelnder Einfluss auf politische Entscheidungen machen Frauen generell leichter ausbeutbar. Dieser – aus Blickwinkel von Unternehmen – »komparative Kostenvorteil« führte im Zuge der Transnationalisierung der Produktion zu einer Feminisierung der Beschäftigung.

Das Versprechen, die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt würde automatisch auch zur Aufhebung der Ungleichheit und zur Begrenzung der Armut führen, hat sich unter diesen Bedingungen keineswegs bewährt. Im Gegenteil: Viele Frauen, die in den so genannten Weltmarktfabriken (Maquilas) für den Export arbeiten, sprechen davon, dass sich an Unterdrückungsverhältnissen nichts geändert hat, sehr wohl aber an der Anzahl der Zwangsverhältnisse: Nicht mehr nur die (Ehe-)männer üben Gewalt aus, sondern auch die Fabrikchefs. Wehren sich die ArbeiterInnen, kostet es sie manchmal

sogar ihr Leben, wie Ariane Grau Crespo von ASEPROLA, einer Arbeitsrechtorganisation, bei einem Treffen der lateinamerikanischen Kampagne *Gegen die Flexi-*

» Aus den unterzeichneten Freihandelsabkommen haben wir eine Lektion gelernt. Sie waren das Produkt der Unkenntnis und der Angst die Arbeit zu verlieren. Darum sagen wir nein zu allen diesen Abkommen, die uns nur schaden und zu nichts Nutzen sind. «

Margel Mercado
von FEMUPROCAM (die landwirtschaftliche Vereinigung von Frauenkooperativen)

bilisierung der Arbeit betont: »Als wir die Kampagne starteten, waren wir besorgt, dass die Verteidigung der Rechte uns die Arbeit kosten würde. Heute kostet uns die Verteidigung unserer Rechte das Leben«. Negative Auswirkungen von Handels-

liberalisierungen bleiben jedoch nicht auf die Arbeitsbedingungen in den Freien Exportzonen beschränkt, sondern umfassen fast alle Lebensbereiche von Frauen. So führt die von Industriestaaten geforderte Öffnung des Dienstleistungssektors in den Ländern des Südens für transnationale Konzerne zu einer Informalisierung weiterer Arbeitsplätze, z.B. in der Pflege oder Verwaltung. Die Durchsetzung von würdiger Arbeit und existenzsichernden Löhnen bei Heimarbeit, Straßenverkauf oder Prostitution ist noch schwerer artikuliert und durchsetzbar als in den Maquilas.

Worthülse Kohärenz

In ihrem Bericht zu *Gender Equality in Development Co-Operation 2003* verweist die EU-Kommission auf eine alarmierende Zunahme der Armut bei Frauen, die »feminisation of poverty«, hin. Als Ursache benennt sie die anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte der Frauen in der informellen Wirtschaft und in den Freihandelszonen sowie die unwürdigen Arbeitsbedingungen, denen die Frauen ausgesetzt sind. Solche Sektoren eben gerade, die durch Freihandelsabkommen massiv gefördert werden.

Trotz dieser Erkenntnisse auf entwicklungspolitischer Seite, hält die andere Seite, nämlich diejenige, die für die EU-Handelspolitik zuständig ist, an dem Gerüst klassischer Freihandelsabkommen fest. Damit wendet sich die EU-Handelspolitik mit dem Assoziierungsabkommen einmal mehr gegen eigene entwicklungspolitische Ziele. Wie so oft werden aber nicht die Funktionsträger der EU, sondern die Frauen in Zentralamerika die Leidtragenden dieser zur Worthülse verkommenen Kohärenz sein.

Bergbaukonzern verklagt El Salvador

Große Sorge herrscht bei den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Mittelamerika. Sie befürchten, dass die wEU Investitionsschutzbestimmungen im Assoziierungsabkommen festschreiben wird, wie die USA im CAFTA. Ein zynisches Beispiel dafür, was den Ländern dann auch von EU-Europa droht, zeigt der Fall Pacific Rim:

Am 9. Dezember vergangenen Jahres brachte die kanadische Bergbaugesellschaft Pacific Rim einen Antrag auf Eröffnung eines Schlichtungsverfahrens gegen die salvadorianische Regierung beim internationalen Schiedsgericht (ICSID) ein. Dies ist ein erster Schritt zur Eröffnung eines Gerichtsverfahrens unter Anwendung der Normen des Freihandelsabkommens CAFTA. Pacific Rim behauptet, über 75 Mio. Dollar in ein Bergbauprojekt der Provinz Cabañas in El Salvador investiert zu haben, und argumentiert außerdem mit der Erwartung von hohen Einkünften sowie der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Die Berggesellschaft klagt, dass die Regierung von El Salvador bisher noch keine Betriebsgenehmigung für den Beginn des Abbaus von Gold und Silber erteilt hätte. Und dies obwohl das Unternehmen alle gesetzlichen Auflagen El Salvadors erfüllt hätte.

Grund für die nicht erteilte Genehmigung ist u.a. der starke Protest von Seiten der Bevölkerung. Die Menschen vor Ort protestieren um ihr Leben: Eine von Caritas geförderte Studie zu den Auswirkungen auf die Umwelt stellt fest, dass die lokale Wasserversorgung mit Schwefel, Zyanid, Arsen, Zink und Aluminium kontaminiert werden würde und so Gesundheitsprobleme für die lokale Bevölkerung zu erwarten seien. Nach Angaben des Netzwerks *US-El Salvador-Sister Cities* wird für den Betrieb der Grube soviel Wasser am Tag verbraucht wie eine Familie in 20 Jahren konsumiert. Wenn sich Unternehmen und Land binnen neunzig Tagen nicht einigen, wird eine Klagesumme von mehreren hundert Millionen Dollar an Kompensationszahlungen an das Unternehmen erwartet. So eine Summe würde das Land El Salvador wirtschaftlich stark belasten, besonders jetzt zu Zeiten der globalen Wirtschaftskrise.

Wussten Sie, dass

der Jahresumsatz des größten Konzerns in der EU, der Royal Dutch Shell, 319 Milliarden US\$ beträgt und das Bruttoinlandsprodukt Nicaraguas 5,3 Milliarden US\$?

Stopp Assoziierung!

Sich den Ausbeutungsverhältnissen entgegenstellen: Proteste gegen EU-Assoziierungsvertrag mit Zentralamerika

»Jemand sagte, gegen den Neoliberalismus zu sein, ist wie gegen das Gesetz der Schwerkraft zu sein. Nun denn: Nieder mit dem Gesetz der Schwerkraft!«

Subcomandante Marcos

Unablässlich verhandeln die Staats- und Regierungschefs über Freihandelsabkommen auf der ganzen Welt. Auf diese Weise werden auch schädliche Wirtschaftsweisen auf Generationen festgeschrieben. Zudem sind die Abkommen der EU häufig an Intransparenz kaum zu überbieten. Kiloschwere Dokumente werden verfasst, der breiten Öffentlichkeit aber nicht zugänglich gemacht.

Verhältnisse zum Tanzen bringen!

So läuft es derzeit auch beim Assoziierungsabkommen. Dem wollen wir uns entgegenstellen. Im Spätsommer Aber statt weiterer Investitionen in die Exportproduktion und noch mehr Freihandel benötigen die Menschen in Mittelamerika und auch in der EU unter anderem die Förderung einer funktionierenden Grundversorgung, die in Mittelamerika vor allem Grundnahrungsmittel (Ernährungssouveränität) und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen betrifft.

Karten gegen Untaten

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, gibt es eine Protestpostkarte an

die verantwortliche EU Außenkommissarin Benita Ferrero Waldner und die EU Handelskommissarin Catherine Ashton. Die Protestpostkarten können bestellt werden unter: www.ci-romero.de und cir@ci-romero.de

Get active!

Außerdem planen wir eine Aktionswoche vom 25. – 30. Mai 2009. Zu diesem Zeitpunkt findet auch die VIII. Verhandlungsrunde der EU mit Zentralamerika in Brüssel statt. Alle Aktiven sind dazu aufgerufen, an verschiedenen bundesweiten Aktionen teilzunehmen oder in ihren Städten selber Aktionen zu organisieren. Die gesammelten Termine und Orte, sowie Aktionsvorschläge für eigene Aktivitäten findet ihr auf: www.stop-assoziierung.de und www.ci-romero.de

In der gleichen Woche wird William Rodriguez aus Mittelamerika zu Besuch in Deutschland sein und in einer Rundreise über die drohenden Auswirkungen des Assoziierungsabkommens und Positionen aus zentralamerikanischer Sicht berichten.

InitiatorInnen der Kampagne: Ökumenisches Büro, München; Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal; Christliche Initiative Romero (CIR), Münster; Nicaragua-Verein, Hamburg; Nicaragua-Forum, Heidelberg



Eine andere Welt ist dringend nötig. Protestieren Sie mit!

Foto: CIR

Impressum:

Herausgeberin: Christliche Initiative Romero (CIR), Frauenstraße 3-7, 48143 Münster

Informationsbüro Nicaragua e.V., Deweerthstr. 8, 42107 Wuppertal

Redaktion/Texte: Johanna Fincke (CIR / V.i.S.d.P.), Sonja Lüddecke, Judith Welkmann, Klaus Heß, Dietrich Tuschhoff (Informationsbüro Nicaragua),

Eberhard Albrecht (Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit)

Lektorat: Friedrich Burschel

Übersetzung: Luz Kerkeing, Kristofer Lengert
Gestaltung: philippwix.net
Fotos: James Rodriguez, mimundo.org
Druck: taz, März 2009



Die Veröffentlichung des Infodienstes wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

Bestellschein

- Aktionszeitung (vorliegend)** *Europa in Zentralamerika: Weltweiter Wettbewerb auf Kosten von Mensch und Natur, kostenlos*
- Protestpostkarten** *Kein Assoziierungsabkommen der EU mit Zentralamerika, kostenlos*
- Presente extra** *Im Schatten der Globalisierung. Aktiv für Arbeitsrechte, September 2007, kostenlos*
- Bildungsbroschüre** *Freihandel und Widerstand in Zentralamerika, Hrsg. Informationsbüro Nicaragua e.V., März 2005, kostenlos*
- Email Newsletter** *zur Kampagne Nein zum Assoziierungsabkommen abonnieren, kostenlos*
- CIR-Selbstdarstellungsflyer**

Name

Adresse

Email

Für die kostenlosen Materialien erheben wir eine Versandkostenpauschale.

Bestellungen und Anfragen wegen weiterer Materialien oder Informationen an:
Christliche Initiative Romero (CIR), Frauenstraße 3-7, 48143 Münster,
Tel.: 0251. 89503, Fax: 0251. 82541, E-mail: cir@ci-romero.de, www.ci-romero.de

2003 EU-Abkommen *Politischer Dialog und Zusammenarbeit* mit Zentralamerika. Das Interesse der zentralamerikanischen Staaten konzentriert sich zunehmend auf den Handelsbereich, um die Verluste durch die EU-Bananenmarkt-Verordnung auszugleichen.

2006 EU Lateinamerikakongress in Wien. Verhandlungen zu einem Assoziierungsabkommen der EU mit Zentralamerika werden eingeleitet. Zeitgleich organisiert das weltweite Bündnis *Enlazando Alternativas (Alternativen verknüpfen)* einen Alternativkongress. Seitdem finden in allen mittelamerikanischen Ländern Proteste mit jeweils mehreren Tausend Demonstranten statt.

2009 Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise schüttelt Zentralamerika schwer. Zu stark hängen sie am Tropf der schwächelnden Industrienationen. Allen Krisenmeldungen zum Trotz will die EU noch in diesem Jahr das Assoziierungsabkommen mit den zentralamerikanischen Staaten unterzeichnen.